

# OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo © LWf/ Rodrick Beiler

*Eine interreligiöse Koalition hatte 1,8 Millionen Unterschriften für eine Petition für Klimagerechtigkeit gesammelt und sie beim Pariser Klimagipfel, der 21. Vertragsstaatenkonferenz (COP21) an die Chefin der UN-Klimarahmenkonvention, Christiana Figueres, übergeben. Bei der Übergabe führt sie mit dem anglikanischen Erzbischof Tabo Makgoba aus Südafrika einen Freudentanz auf. Makgoba war der globale Klimabotschafter der Koalition von 137 Kirchen und religiösen Organisationen, die sich für eine Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1,5 Grad und ein Ende der Energiegewinnung aus fossilen Rohstoffen einsetzen.*

## Klimavertrag von Paris: Von Oekumene begrüßt

„Ein bedeutender Schritt und ein hoch gestecktes Ziel. Setzen wir uns mit ganzer Kraft dafür ein.“ Kirchenvertreter aus aller Welt haben das Klimaabkommen von Paris 2015 als historische Leistung begrüßt. Es bietet den Ansatzpunkt zur Eindämmung des Klimawandels und zur Stärkung der armen Länder, damit sich diese besser für die durch die Erderwärmung verursachten Schäden rüsten können. In dem 31-seitigen Abkommen verpflichtet sich die Völkergemeinschaft, den weltweiten Temperaturanstieg auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, um ihn bereits bei 1,5 Grad zu stoppen. Dieses bedeutendste Klimaabkommen der Geschichte soll, so die Hoffnung, weltweite Maßnahmen und Investitionen in kohlenstoffarme, nachhaltige und an den Klimawandel angepasste Technologien anstoßen. Eine grundlegende Begrenzung in der Produktions- und Konsumtionsweise der Hauptnutzer von Rohstoffen und fossilen Energieträgern ist nach den

erreichten Übereinstimmungen der Kirchen im Konziliaren Prozess und neu in starken Worten der Enzyklika von Papst Franziskus „*Laudato Si*“ notwendige Folge.

Die Repräsentanten von 195 Staaten einigten sich im Abkommen vom 12.12.2015 in Paris auf eine Unterstützung der Entwicklungsländer durch die frühindustrialisierten Länder bei der Anpassung an den Klimawandel und bei einem sauberen, nachhaltigen Wachstum. Außerdem sagten sie zu, die Weiterentwicklung von Ansätzen zur Bewältigung von klimabedingten Schäden und Verlusten mitfinanzieren zu wollen. In ihren Stellungnahmen zum Klimaabkommen verwiesen die Kirchenvertreter auf den entscheidenden Beitrag, den Kirchen und religiöse Organisationen im Vorfeld der Pariser Konferenz geleistet haben. Nun seien die Kirchen aufgefordert, die politisch Verantwortlichen auf der Weltebene dazu zu drängen, das Abkommen umzusetzen. Dazu wäre ein kirchlich-zivilgesellschaftliches Monitoring nötig. Es müsste eine historische große Transformation begleiten. Hier haben die Kirchen ihre eigene spirituelle Aufgabe.

## AUS DEM INHALT

- Interreligiöser Dialog:  
Richtlinien bei Reibungspunkten**
- Indonesien:  
Kirchen zerstört**
- England:  
Kein „Vaterunser“ im Kino**
- Russland:  
Panorthodoxes Konzil unbestimmt**
- OeRK-Planungen:  
Für eine Zukunft in Frieden und  
Gerechtigkeit**
- Italien:  
Humanitäre Korridore für  
Flüchtlinge**
- Migration:  
Flüchtlingskrise führt zu neuer  
„Internationaler  
Bevölkerungsordnung“**
- Nordkorea:  
Oekumene zu Besuch**
- Aus Netzen und Bewegungen**
- Rhein-Mosel-Saar:  
Fairer Handel – Erfolge und Fragen**
- Konsultation Gerechtigkeit und  
Frieden:  
Strukturelle Krisenprävention**
- More ecumenical empowerment  
together (MEET):  
„Gemeinsam unterwegs“**
- Kairos Europa:  
Gruppen und Gemeinden beraten  
über Krisen und Fluchtursachen**
- Oekumenische Initiative Eine Welt:  
Mit Freude lernen angesichts  
globaler Herausforderungen**
- Institut für Theologie und Politik:  
Katakombenpakt erneuert**
- Pax Christi:  
Bischof Algermissen gegen  
Kriegsbeteiligung in Syrien**



Photo: © Sean Hawkey/OeRK

### Oekumenischer Gottesdienst bei der COP 21 in Paris

Über 100 VertreterInnen vom Weltrat der Kirchen, dem Lutherischen Weltbund und dem internationalen christlichen Hilfswerk ACT Alliance waren gemeinsam mit anderen Aktivisten aus dem religiösen und zivilgesellschaftlichen Bereich in Paris aktiv.

Papst Franziskus nahm seine eigenen Möglichkeiten der Einflussnahme wahr. Ohne die weltweite Klimabewegung unter Beteiligung vieler Kirchen und Organisationen aus dem religiösen Bereich bei der COP 21 wäre nach Auffassung von Beobachtern kein Abkommen zu verwirklichen gewesen. In Paris selbst waren nach den Terroranschlägen vom November Demonstrationen untersagt.

### Noch nicht am Ziel

Während in Paris das Ziel von unter 2 Grad verkündet wurde, reichen die bisherigen Selbstverpflichtungen nicht aus. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen verursachen sie immer noch eine Erwärmung um 2,7 bis 3 Grad. Um 1 Grad ist die Temperatur seit 1850 gestiegen, ein weiteres halbes Grad ist durch die Gase in der Atmosphäre nicht mehr zu verhindern.

Bisher steigen die weltweiten Emissionen pro Jahr um 2 Prozent. Für 1,5 Grad müssten sie ab sofort um etwa 5 Prozent sinken. Um bis 2100 die 1,5 Grad zu halten, müssten sofort radikale Schnitte bei den Emissionen gemacht werden. Das ist eine noch nie dagewesene Herausforderung. Sie verlangt in einem ersten Schritt, dass die langfristigen Folgen der Emissionen deutlicher ins öffentliche Bewusstsein gebracht werden. Im Jahr 2023 müssen die politischen EntscheidungsträgerInnen auf Weltebene die eingegangenen Verpflichtungen prüfen und bis 2025 die Maßnahmen intensivieren. Alle fünf Jahre sollen weitere Überprüfungen stattfinden. OeRK-Generalsekretär Fykse Tveit erklärte, das Abkommen erfordere eine kontinuierliche Begleitung, damit sichergestellt werde, dass die politisch Verantwortlichen ihre Zusagen auch umsetzen.

### Zivilgesellschaftliche Einschätzungen

Für Zivilgesellschaftliche Fachleute hat der Pariser Klimagipfel, ein besseres Ergebnis gebracht, als zunächst gedacht. So gilt Paris

als Wendepunkt hin zu einer Dekarbonisierung der Weltwirtschaft.

Der Vertrag bleibt aber in wesentlichen Punkten noch hinter den Notwendigkeiten zurück. Es fehlen Vereinbarungen, schwache Klimaschutzziele nachzubessern, verlässliche Verpflichtungen für die reichen Länder zur Unterstützung der armen Länder bei der Anpassung an die klimatischen Veränderungen sowie Sanktionsmechanismen. Saudi-Arabien setzte sich mit seinem Wunsch nach Entschädigung von Öl- und Kohleländer durch, wenn sie ihre Rohstoffe im Boden belassen.

Ernährungssicherheit, die Ausmerzungen von Hunger und die Rechte indigener Völker sowie von Frauen finden sich nur in der Präambel und nicht im operativen Teil des Abkommens.

Bereits seit Jahren kritisieren Indigenen- und Umweltorganisationen die Idee, Wälder in den internationalen Emissionshandel mit-einzubeziehen (REDD-Mechanismus).

Vor allem aber: Die Ziele des Klimaabkommens werden durch die gegenwärtig forcierten Freihandelsabkommen konterkariert.

Das Pariser Abkommen liegt nun ab dem 22. April 2016 bei der UNO in New York ein Jahr lang zur Unterzeichnung durch die 195 Staaten aus. Danach muss es bis 2020 in nationales Recht umgesetzt werden.

Positiv bleibt: Ab 2020 sollen die Industriestaaten insgesamt 100 Milliarden Dollar jährlich bezahlen über Entwicklungshilfe, Kredite und private Investitionen. Dass unter dem UN-Dach erstmals über Entschädigung für Klimapflege geredet wird, ist neu.



Photo: © Sean Hawkey/OeRK

Vor dem Beginn der Klimakonferenz warten Demonstranten auf dem Place de la République in Paris, mit Schuhen als Symbolen für die erwarteten zwei Millionen Teilnehmenden des Solidaritätsmarsches. In Paris wurde er aus Sicherheitsgründen abgesagt.

### Momentum nutzen

Die Schubkraft, die das Pariser Klimaabkommen bei alledem gegenwärtig erreicht hat, sollte für weitere überfällige Schritte genutzt werden.

Darin waren sich OeRK Generalsekretär Fykse Tveit und der anglikanische Erzbischof Justin Welby bei einem Gespräch in London am 16. Dezember 2015 einig. Beide Kirchenrepräsentanten bereiteten ihre Teilnahme für das nächste Globale Wirtschaftsforum in Davos im Februar 2016 vor. Der Beitrag der Glaubensgemeinschaften zum ethischen Diskurs wird dringender. Nach Meinung von Fykse Tveit gebe es eine zunehmende Offenheit von führenden Köpfen und der Wirtschaft und Finanzwelt für die Anliegen der Glaubensgemeinschaften.

### Interreligiöser Dialog: Richtlinien bei Reibungspunkten

In welchem Verhältnis steht das fortgesetzte Streben nach christlichen Einheit zum Bemühen um interreligiöses Verständnis? Wie können diese beiden verschiedenen Formen des Dialogs zueinander in Bezug gesetzt und praktiziert werden? Innerchristliche und interreligiöse Begegnungen konfrontieren ChristInnen mit existentiellen und spirituellen Fragen. Gleichzeitig aber stellen sie jene, die beruflich mit der Aufgabe betraut sind, sowohl zwischenkirchliche als auch interreligiöse Dialoge zu führen, vor ganz praktische Herausforderungen. Der Oekumenische Rat der Kirchen hat neue Richtlinien herausgegeben, die einen Überblick bieten über die hinsichtlich solcher Probleme entwickelten Lösungsansätze von im kirchlichen und akademischen Bereich weltweit angesiedelten Fachleuten aus der Oekumene und dem interreligiösen Dialog. Vor dem Hintergrund der weitverbreiteten terminologischen Unschärfe und der Tatsache, dass kirchliche Mitarbeitende oft nicht nur den einen, sondern beide Bereiche abdecken müssen, untersucht und klärt „Called to Dialogue: Interreligious and Intra-Christian Dialogues in Ecumenical Conversation“ die terminologischen und inhaltlichen Herausforderungen. „Während einerseits unser innerchristlicher Dialog weitergeht, gibt es gleichzeitig zunehmend mehr interreligiöse Begegnung mit stärkerer Öffentlichkeitswirkung“, erläutert Clare Amos, beim OeRK zuständig für Interreligiösen Dialog und interreligiöse Zusammenarbeit. „Und der ausgeprägte Pluralismus unserer globalisierten Situation, gekoppelt mit geopolitischen Verschiebungen wie etwa Migration, Verfolgung und interreligiöser Gewalt sowie religiösem Extremismus macht unser Bemühen um Verständnis umso dringender und brennender.“ Die dem Dokument zugrundeliegenden Überlegungen trug eine mit 16 Personen aus dem kirchlichen und akademischen Bereich besetzte Beratungsgruppe 2014 und 2015 zusammen. Die Ergebnisse

dieser Arbeit stellen die kurz gefassten Richtlinien vor, die Kirchen, Kirchenleitenden und Oekumeneverantwortlichen Hilfestellung dabei geben soll, diesen Entwicklungen in ihrer Programmplanung Rechnung zu tragen und ihre Arbeit angemessen zu konzipieren. Das Dokument ist Ergebnis der Zusammenarbeit zweier Programme des OeRK - „Glauben und Kirchenverfassung“ sowie „Interreligiöser Dialog und interreligiöse Zusammenarbeit“. Es entfaltet Gedanken zu zwei zentralen neutestamentlichen Texten und stellt vor diesem Hintergrund eine Reihe wesentlicher, theologisch fundierter Prinzipien und Ziele beider Formen des Dialogs zusammen.

Schließlich diskutiert es eingehend Überlegungen und Empfehlungen für die Praxis in beiden Bereichen. „Die enthaltene neue Sprache und Methodik stärken und fördern sowohl die interreligiösen als auch die innerchristlichen Beziehungen und haben das Potenzial, Spannungen zu entschärfen, Gewalt zu bearbeiten, Verständnis und Versöhnung zu unterstützen sowie das religiöse Engagement und die Spiritualität der Beteiligten zu vertiefen“, führt Amos aus.

## Indonesien: Kirchen zerstört

Indonesische Christen auf der Halbinsel Aceh mussten aus dem Bezirk Singkil fliehen, nachdem lokale Behörden ihre Kirchen zerstören ließen. In einer größeren Anzahl von Dörfern waren zuvor Christen wegen ihres Glaubens vertrieben worden. Die 20.000 ChristInnen in Aceh Singkil haben Angst, ihren Glauben zu praktizieren, obwohl die Verfassung Religionsfreiheit zusichert. Am 13. Oktober setzten 1000 AnhängerInnen der extremistischen islamischen Jugendorganisation „Pemuda Peduli Islam“ ein Gotteshaus der Indonesischen Christlichen Kirche (HKI) in Brand und griffen Angehörige der nahegelegenen Gemeinde der Christlich-Protestantischen Pakpak Dairi-Kirche (GKPPD) an, wie der Lutherische Weltbund mitteilte. Im Verlauf der Gewalttätigkeiten wurde ein Muslim getötet. Die Spannungen verschärfen sich weiter, als einem Mitglied der GKPPD der Mord zur Last gelegt wurde. In der Folge flohen 7000 ChristInnen in die umliegende Region. Die Regierung überzeugte sie nach vier Tagen, nach Hause zurückzukehren.

Eine Woche vor dem Zwischenfall hatte die extremistische Gruppe die Regierung aufgefordert, Gesetze durchzusetzen, die die Zahl von Gotteshäusern in einem Gemeinwesen auf eine Kirche und vier weitere Kapellen begrenzt. Diese Gesetze stehen jedoch im Widerspruch zu 1979 und 2001 getroffenen Vereinbarungen.

## ChristInnen seit Generationen

Kirchen und Zivilgesellschaftliche Organisationen beklagen, die Regierung hätte die

Entwicklung vorhersehen müssen. Sie habe offensichtlich ignoriert, welche Folgen die Einschränkung der Religionsfreiheit für Christen haben würde. Schon lange bevor Indonesien 1945 seine Unabhängigkeit erlangte, gehörten die Kirchen zu Aceh Singkil. In Gebieten, die vorrangig christlich geprägt sind, haben sie bis heute zentrale Bedeutung.

## Diskriminierende Gesetze

Singkil gehört zur Provinz Aceh. Sie genießt Autonomie und unterliegt der Scharia, seit die Regierung und die Bewegung Freies Aceh (GAM) 2005 in Helsinki ein Friedensabkommen unterzeichnet haben. Weder das Abkommen noch die Scharia erlauben jedoch die Diskriminierung anderer Religionen. Die Christen in Singkil können seit den Übergriffen am 13. Oktober und dem Abriss von neun weiteren Kirchen durch die Regierung, der wenige Tage später vorgenommen wurde, nur noch eingeschränkt Gottesdienst feiern. Die Regierung war auf das Beitreiben islamischer Organisationen tätig geworden, die behaupteten, Kirchengebäude in Aceh Singkil, die keine ausdrückliche Genehmigung durch die Regierung vorweisen könnten, seien illegal.

Das Menschenrechtsbüro des indonesischen Lutherischen Nationalkomitees stellt dazu fest, es sei schwierig für Kirchen, Baugenehmigungen zu erhalten. Eine Verordnung von 2006 verlangt 90 Unterschriften von Mitgliedern der antragstellenden Kirche und 60 weitere von VertreterInnen anderer Religionen oder Kirchen. Kirchengebäude finden sich in den Gebieten, wo die Bevölkerungsmehrheit dem Christentum angehört. „Wie sollen wir dieser Vorgabe entsprechen, wenn die verlangten 60 Unterschriften nicht zusammenkommen? Das Gesetz ergibt vor dem Hintergrund der Religions- und Weltanschauungsfreiheit, wie sie in der indonesischen Verfassung verankert ist, keinen Sinn“, betonte Bischof Elson Lingga von der GKPPD.

Im Ergebnis haben die Christen aus den neun in Aceh Singkil abgerissenen Kirchen keinen Ort, wo sie Gottesdienst feiern können. Sie dürfen an den Abrissorten auch keine Zelte aufstellen oder den Gottesdienst in ihren Häusern abhalten. Polizei und Militär gewähren ihnen keinen Zugang zu den betroffenen Grundstücken. Der OeRK verurteilte in einer Solidaritätsadresse an die Gemeinschaft der christlichen Kirchen in Indonesien alle Gewalt gegen Menschen und Gemeinden wegen ihrer religiösen Identität. Er verlangte von der Regierung Indonesiens rasches Eingreifen. Die Verantwortlichen für die Gewalttaten müssten vor Gericht gebracht werden. Die Freiheit zur Abhaltung von Gottesdiensten müsse insbesondere von der Provinzverwaltung von Aceh Singkil gewährleistet und die Zerstörung der Kirchen beendet werden. OeRK-Generalsekretär Olav Fykse Tveit schloss mit den Fürbitten

„Möge Gott alle Christen in Aceh Singkil stärken und trösten, und jene die in Schmerz oder Furcht leben. Möge der Heilige Geist den Verantwortlichen in den Religionen und den Regierungen Weisheit schenken, dass sie nach Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen in Indonesien trachten.“

## England: Kein „Vaterunser“ im Kino

Führende englische Kinoketten haben es abgelehnt, einen Werbekurzfilm der Anglikanischen Kirche übers Vaterunser zu zeigen, weil er Menschen anderen Glaubens kränken könne. Der 60-Sekunden Spot sollte in der Adventszeit vor der „Star Wars“-Serie gezeigt werden. Er beginnt mit Aufnahmen des Erzbischofs von Canterbury, Justin Welby, die ihn durch einen Park spazieren gehend zeigen. Es folgen dann Christen in verschiedenen Lebenssituationen und Berufen, so einen Gewichtheber, einen Polizisten, einen Pendler, Flüchtlinge in einem Unterstützungszentrum, Schulkinder, einen Trauernenden auf einem Friedhof und einen Festbesucher, wie ihnen in ihrer jeweiligen Situation einzelne gesprochene oder gesungene Bitten des Vaterunsers eine Hilfe sind. Laut der Kirche von England haben sich die drei größten Kinoketten des Landes, Odeon, Cineworld und Vue, die 80 Prozent aller englischen Kinoleinwände kontrollieren, geweigert, den Kurzfilm zu zeigen, obwohl er zuvor vom British Board of Film Classification (BBFC) für die Allgemeinheit und alle Altersstufen freigegeben und von der Cinema Advertising Association (CAA) genehmigt worden war. Die Kirche von England verwies darauf, dass das Vaterunser von Milliarden von Menschen rund um den Erdball jeden Tag gebetet wird und in England selbst seit Jahrhunderten ein Teil des täglichen Lebens gewesen ist. Sie sieht sich genötigt, deshalb ein Verfahren wegen religiöser Diskriminierung in Betracht zu ziehen.

## Russland: Gesamtorthodoxes Konzil in unbestimmter Zukunft

Ein Pan-Orthodoxes Konzil könne in absehbarer Zeit wohl nicht einberufen werden, sagte der Vorsitzende der russischorthodoxen Synodalabteilung für kirchliche Außenbeziehungen Metropolit Hilarion von Volokolamsk in einer Pressemitteilung. Gegenwärtig seien zu viele Konflikte innerhalb der Orthodoxie ungelöst. Noch 2014 war erwartet worden, ein solches Konzil für 2016 nach Istanbul, dem Sitz des Patriarchen von Konstantinopel, einzuberufen. Ein gesamtorthodoxes Konzil hat seit über tausend Jahren nicht mehr stattgefunden. Präkonziliare Versammlungen versuchen seit über 30 Jahren inhaltliche Vorbereitungen zu treffen. Viele der bislang entworfenen Konzilsdokumente hätten sich jedoch schon über-

holt, sagte Hilarion. Von den acht Themenkreisen, über die das Konzil endgültig beraten sollte, seien nur drei in einem entscheidungsfähigen Stand. Fragen zum Vorgehen beim Konzil, die der russisch-orthodoxe Patriarch Kirill an den die Gesamtorthodoxie repräsentierenden Patriarchen Bartholomaios von Konstantinopel gerichtet hat, seien noch unbeantwortet. Die russisch-orthodoxe Kirche (ROK) werde sich weiter an Vorbereitungen beteiligen. Gegenwärtig sei es jedoch zu früh, ein Datum für das angestrebte gesamtorthodoxe Konzil zu benennen. Die Außenbeziehungen der ROK würden weiter gepflegt. Dazu zählen Reisen von Patriarch Kirill nach Kuba im Februar 2016, nach Bulgarien und zum Berg Athos in Griechenland, in dessen Klosteranlage auch russisch-orthodoxe Mönche leben.

### Bekannter Erzpriester seines Postens enthoben

Erzpriester Vsewolod Tschaplin, seit 2009 Leiter der Abteilung der Russisch-orthodoxen Kirche für die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft, wurde am 24. Dezember 2015 von seinen Aufgaben entbunden, wie die Nachrichtenagenturen AP und Interfax meldeten. Der „Heilige Synod“ der russisch-orthodoxen Kirche gab an, Verwaltungsstrukturen neu organisieren zu müssen. In der neuen Struktur werden seine bisherigen Aufgaben durch Vladimir Legoyda, Leiter der Informationsabteilung, übernommen. Der 47-jährige Tschaplin, war als Vertreter der ROK auch in Gremien des Oekumenischen Rates tätig. Der Professorensohn galt zum einen als gebildet, zum anderen als extremer Vertreter eines patriarchalen und nationalreligiösen Kirchenverständnisses. Das russische Eingreifen in Syrien bezeichnete er als „heiligen Krieg“, minibrockte Frauen seien selber schuld, wenn sie vergewaltigt würden. Zugleich plädierte er für ein ökologisches Umdenken und für Bescheidenheit und Selbstbeschränkung beim Konsum sowie größere Harmonie zwischen Mensch und Mitwelt. In Russland war er als Kommentator zu kirchlichen und ethischen Themen in Funk und Fernsehen sowie einer eigenen Radiosendung sehr präsent. Den Grund für seine Amtsenthebung sieht er laut einer eigenen Pressekonferenz in Differenzen mit Patriarch Kirill, dem er unkritische Nähe zu Putin vorwirft. Tschaplin kritisierte die grassierende Korruption der politischen Elite. Patriarch und russische Führung würden zu wenig auf kritische Stimmen aus dem Volk hören. Aufgabe der russisch-orthodoxen Kirche sei dagegen eine Solidarität mit dem Staat, die auch Fehler benenne. Für Patriarch Kirill sagt er ein absehbares Amtsende voraus. Die Präsidialverwaltung Putins unterstützte laut dem Moskauer Zentrum für wirtschaftliche und politische Reformen zwischen 2013 und 2015 etwa 63 Projekte des Patriarchats mit 3,4 Mio. Euro.

Tschaplin bleibt leitender Geistlicher der

Moskauer Innenstadtkirche „St. Nikolaus auf den drei Bergen“, ebenso Mitglied des Russischen Weltkongresses und der beratenden Öffentlichen Kammer des russischen Parlaments.



Photo: © Peter Williams/WCC

Vorsitzende des OeRK-Exekutivsausschusses  
Dr. Agbes Aboum

### OeRK-Planungen: Für eine Zukunft in Frieden und Gerechtigkeit

Das Thema Gewalt im Namen von Religion und die Notwendigkeit einer Reaktion darauf war omnipräsent auf der Tagung des 25-köpfigen Exekutivsausschusses des OeRK, die im November 2015 in Bossey und im nahegelegenen Genf stattfand. Gegenstand der Tagung war die Planung der Aktivitäten des Rates in den kommenden Jahren.

Der Ausschuss tagte zu dem Zeitpunkt, als nur kurz nach den brutalen Angriffen religiöser Extremisten in Bagdad und Beirut die Gräueltaten in Paris und im Nordosten Nigerias folgten. In seinem Bericht an den Ausschuss nannte OeRK-Generalsekretär Olav Fykse Tveit das Thema „Religion und Gewalt“ als wichtigen Fokus für die Arbeit des Rates in den nächsten Jahren. Er verurteilte insbesondere religiös begründete Gewalt und bekräftigte seine Unterstützung für den „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ mit „allen Menschen guten Willens“. Laut Tveit besteht eine ermutigende Tendenz zu Einheit und enger Zusammenarbeit unter Christen, einschließlich der orthodoxen und katholischen Kirche, Protestanten und Pfingstkirchen, unabhängiger Evangelikalen und breiten Allianzen von Gemeinschaften und Glaubensrichtungen. Er berichtete über die Tagungen der gemeinsamen Arbeitsgruppe zwischen dem OeRK und der römisch-katholischen Kirche, der Sekretariate der weltweiten christlichen Gemeinschaften, die eine Vielzahl historischer Traditionen innerhalb der Christenheit weltweit repräsentieren, und über die Teilnahme an einer vom Global Christian Forum organisierten Veranstaltung.

### Weitere Personalentlassungen beim OeRK

Außerdem befasste sich der Ausschuss mit den jüngsten Entwicklungen in der Haushalts- und Personalpolitik des OeRK.

Hauptsächlich aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten der in Genf angesiedelten

Aktivitäten, die auf den ungünstigen Wechselkurs des Schweizer Franken zurückgehen, war die OeRK-Verwaltung 2015 gezwungen, Haushalts- und Personalanpassungen vorzunehmen. Neun Arbeitsverträge wurden mit Wirkung zum Beginn des Jahres 2016 gekündigt.

„Religion, Überwindung von Gewalt und Friedensförderung“ wird das zentrale Thema für 2016 auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens des OeRK sein. Auch die Plenartagung des 150-köpfigen OeRK-Zentralausschusses im Juni 2016 in Trondheim (Norwegen) wird unter diesem Motto stehen. Außerdem wird der Pilgerweg 2016 einen regionalen Schwerpunkt auf Gerechtigkeit und Frieden im Nahen Osten legen, sowie einen regionalen Schwerpunkt auf Afrika im Jahr 2017. Konkrete Aktivitäten werden in Zusammenarbeit mit Kirchenleitenden und Mitgliedern regionaler Kirchen entwickelt.

Der Ausschuss beauftragte den Generalsekretär, den Prozess zur Zusammenstellung eines Planungsausschusses für die 11. Vollversammlung des OeRK zu beginnen. In der Vergangenheit wurden bereits zehn Vollversammlungen abgehalten, von der ersten in Amsterdam 1948 bis zur zehnten in Busan (Südkorea) Ende 2013. Die nächste Vollversammlung ist nach aktuellem Stand für Anfang 2021 vorgesehen; ein Ort wurde noch nicht festgelegt.

### Italien: Oekumenische humanitäre Korridore für Flüchtlinge

Eine Koalition von evangelischen und katholischen Organisationen hat eine Vereinbarung mit der italienischen Regierung erreicht, um Reise- und Integrationshilfen für Flüchtlinge aus Nordafrika und dem Nahen Osten zu schaffen. Die Regierung wird humanitäre Visa erteilen, um das Recht auf Aufenthalt in Italien zu sichern. Diese Visa gestatten keine Durchreise in andere Länder der EU. Christliche Agenturen werden Flugtickets nach Italien sowie Unterbringung zur Verfügung stellen, Unterstützung leisten bei Asylverfahren, Bildungsmöglichkeiten und italienischen Sprachkursen. Mit den Flugtickets wird eine Alternative zu den Gefahren der illegalen Passage über das Mittelmeer geschaffen. 3700 MigrantInnen starben oder verschwanden auf See im Jahr 2015. Die Föderation Evangelischer Kirchen in Italien und die katholische Laienbewegung Sant'Egidio werden Büros in Marokko und dem Libanon eröffnen, möglicherweise auch ein drittes Büro in Äthiopien. Die ersten Ankömmlinge in Italien werden Ende Januar 2016 erwartet. „Diese Vereinbarung ist ein wichtiger erster Schritt bei der Bewältigung der humanitären Krise für viele Orte auf der Welt“, sagte Tveit bei einem Vorbereitungstreffen in Italien. „Es ist ein Modell für Kirchen, verwandte religiöse

Organisationen, Regierungen und die internationale Gemeinschaft, im Interesse der Menschheit gemeinsam zu handeln.“ Die Föderation Evangelischer Kirchen in Italien und Sant'Egidio steuern 1,2 Millionen Euro für den Start der Initiative bei. Die italienische Regierung finanziert nicht mit, hat sich jedoch bereit erklärt, die erforderlichen Visa für die Einreise und den Aufenthalt auszustellen. Erwartet wird, dass über 1000 Flüchtlinge in den nächsten Monaten durch diese humanitäre Korridore legal nach Italien einreisen und Asyl suchen können.

## Migration: Flüchtlingskrise führt zu neuer „Internationaler Bevölkerungs- ordnung“

Während ein noch nie dagewesener Zustrom von hunderttausenden MigrantInnen und Flüchtlingen aus Kriegsländern nach Europa anhält, geht eine neue Studie davon aus, dass die umfangreiche Zuwanderung aus ärmeren in reiche Staaten jahrzehntelang Einfluss auf die globale Wirtschaft nehmen wird. Ein renommierter Demografie-Experte sieht die Welt an der Schwelle zu einer neuen „Internationalen Bevölkerungsordnung“, berichtet Talif Deen von der Nachrichtenagentur IPS.

Laut der gemeinsamen Untersuchung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF), ist derzeit ein tiefgreifender Bevölkerungswandel im Gang, der die wirtschaftliche Entwicklung langfristig verändern wird. Einerseits wird dieser Wandel eine Herausforderung sein. Zum anderen weist er einen neuen Weg zur Beendigung extremer Armut und zu gemeinsamem Wohlstand. Joseph Chamie, ein unabhängiger Demograf und ehemaliger Direktor der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, sagte im Gespräch mit IPS, dass der Report von Weltbank und IWF, anders als die kürzlich von den UN angenommenen Nachhaltigkeitsziele (SDGs), das Bevölkerungswachstum nicht außer acht lasse, sondern seine wesentliche Bedeutung für die Weltwirtschaft und die Entwicklungsbestrebungen berücksichtige. Rasches demografisches Wachstum in einigen Regionen und ein Bevölkerungsschwund in anderen Gebieten, eine alternde Bevölkerung, höhere Lebenserwartung, Urbanisierung, internationale Migration einschließlich zunehmende Flüchtlingsströme sowie andere entscheidende demografische Trends würden in eine „neue internationale Bevölkerungsordnung“ münden, meint Chamie.

Laut dem Bericht von Weltbank und IWF hat der Anteil der globalen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter den Scheitelpunkt von 66 Prozent überschritten und geht inzwischen zurück. Der Anstieg der Weltbevölkerung wird sich voraussichtlich von mehr als 2,0 Prozent p.a. in den 1960er Jahren auf ein Prozent verlangsamen. Der Anteil der älteren Menschen wird den Voraussagen nach bis

zum Jahr 2050 auf 16 Prozent steigen und sich damit nahezu verdoppeln. Die Zahl der Kinder pendelt sich bei insgesamt zwei Milliarden ein.

Arme Länder verzeichnen rascheren Bevölkerungsanstieg. Dem Bericht zufolge konzentriert sich mehr als 90 Prozent der Armut auf der Welt in Ländern mit niedrigeren Einkommen, deren Bevölkerung jung ist und rasch wächst. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dürfe in diesen Staaten also erheblich ansteigen. Mehr als drei Viertel des globalen Wachstums werden allerdings in Ländern mit höheren Einkommen generiert, in denen weniger Kinder zur Welt kommen, weniger Menschen im arbeitsfähigen Alter sind und der Anteil der Älteren weiter zunimmt. Wie Chamie erklärt, wird die Bevölkerung der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) aufgrund substantieller Unterschiede beim demografischen Wachstum spätestens im Jahr 2030 wahrscheinlich größer sein als die der Industriestaaten. Auf internationaler Ebene werden laut den Autoren der Studie große Wanderungsbewegungen – Flüchtlinge und illegale Armutsmigranten – auch in der Zukunft zu beobachten sein. „Es ist offensichtlich, dass die demografischen Entwicklungen die politischen Entscheidungsträger in den kommenden Jahren vor fundamentale Herausforderungen stellen werden“, so Chamie.

## Myanmar und Nepal: Menschenrechtsempfehlungen der Lutheraner zugestimmt

Die Regierungen von Myanmar und Nepal haben die Empfehlungen des Lutherischen Weltbundes anlässlich des Universellen Verfahrens zur Überprüfung der Menschenrechte (UPR) Anfang November 2015 akzeptiert. Der Lutherische Weltbund hatte einen eigenen Parallelbericht über die Menschenrechtslage in beiden Ländern vorgelegt, der vom Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte, mehreren UNO-Mitgliedstaaten und schließlich auch von den beiden Ländern selbst berücksichtigt wurde. Die Menschenrechtsthemen, die der LWB angesprochen hat, wurden im Plenum erörtert, und die Regierungen beider Länder stimmten dieser Darstellung im Wesentlichen zu. So ist es gelungen, lokalen Gemeinschaften eine Stimme auf der globalen Bühne zu geben. Der UPR-Prozess ist ein einzigartiger Mechanismus des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen, der die Menschenrechtslage in jedem der 193 UN-Mitgliedstaaten verbessern soll. Die Überprüfung der Einhaltung der Menschenrechte anhand dieses Mechanismus erfolgt alle viereinhalb Jahre. Im Rahmen dieses Prozesses werden Nichtregierungsorganisationen aufgefordert, ihre Erkenntnisse in Berichten aus erster Hand, den so genannten Parallelberichten, vorzulegen. Diese können in den Empfehlungen berücksichtigt werden, die dem geprüften Land zur Verbesserung der Men-

schenrechtslage präsentiert werden. Der LWB hat sowohl für Myanmar als auch für Nepal Parallelberichte auf der Grundlage seiner langjährigen Präsenz in beiden Ländern und auf Basis seines Engagements mit den dortigen örtlichen Gemeinschaften und der Zivilgesellschaft vorgelegt. Die LWB-Länderprogramme haben die Berichte nach Befragung von Gemeinschaften und Akteuren der Zivilgesellschaft in den jeweiligen Ländern zusammengestellt und zu diesem Zweck mit Mitgliedern der Gemeinschaften, gemeindenahen Organisationen und örtlichen Behörden gesprochen.

Laut LWB haben die Regierungen von Myanmar und Nepal die meisten dieser Empfehlungen aufgegriffen, darunter auch die Empfehlung zur Einführung eines Katastersystems, für den Schutz gegen alle Formen von Gewalt gegen Frauen und für eine effektive Registrierung aller Kinder in Myanmar. Für Nepal wurde die Empfehlung akzeptiert, u. a. für eine effektive Durchführung des Gesetzes gegen Kastendiskriminierung und sog. Unberührbarkeit aus dem Jahre 2011 zu sorgen, Zugang zu Bildung auch für Kinder mit Behinderungen zu gewährleisten und eine wirksame Umsetzung des Wohnungsbauprogramms sicherzustellen.

## Nordkorea: Ökumenische Delegation zu Besuch

Eine 12-köpfige Delegation aus VertreterInnen von Kirchen und ökumenischen Gremien weltweit reiste vom 23. bis 30. Oktober 2015 zu einem historischen internationalen ökumenischen Besuch und einer Tagung in die Demokratische Volksrepublik Korea. Die Delegation bestand aus Mitgliedern und BeobachterInnen des „Ökumenischen Forums für Frieden, Wiedervereinigung und Entwicklungszusammenarbeit auf der koreanischen Halbinsel“ (EFK), einem Netzwerk das seit 2006 vom Ökumenischen Rat der Kirchen koordiniert wird. Der Besuch der Delegation in Nordkorea umfasste auch eine formelle, ganztägige EFK-Tagung am 28. Oktober 2015 in Pjöngjang. Es war das erste Mal, dass ein internationales ökumenisches Treffen dieser Art auf nord- oder südkoreanischem Boden stattfinden konnte.

Als Teil ihres einwöchigen Programms in der Demokratischen Volksrepublik Korea konnte sich die Delegation auch außerhalb der Hauptstadt Pjöngjang bewegen und die Städte Kaesong im Süden – mit der demilitarisierten Zone in Panmunjon – und Hyangsan im Norden besuchen. Während der Delegationsreise fand auch ein Treffen mit Vertretern des Nordkoreanischen Christenbundes und des Nationalen Kirchenrates aus Südkorea statt.

Doch für Peter Prove, OeRK-Direktor für internationale Beziehungen, ist es ein Schritt in die richtige Richtung.

## Südkorea: Für Recht auf Kriegsdienstverweigerung

Die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung sowie die unverzügliche und bedingungslose Freilassung von inhaftierten Verweigerern haben in einer gemeinsamen Aktion Connection e.V., die War Resisters' International, Amnesty International Korea und World Without War (Südkorea) verlangt. Sie übergaben dazu über 8000 Unterschriften aus 108 Ländern, auch von Parlamentariern aus Deutschland, der Europäischen Union und Südkorea, dem Verteidigungsministerium von Südkorea in Seoul am Tag der Gefangenen für den Frieden, dem 1. Dezember. Der Verteidigungsminister Südkoreas, Han Min-goo, hatte es vorab abgelehnt, sich mit Vertretern einer Delegation der vier Organisationen zu treffen.

Die Unterschriften wurden an der Pforte abgegeben. Derzeit sind etwa 700 Kriegsdienstverweigerer in Südkorea in Haft. Nicht wenige Kriegsdienstverweigerer in Südkorea entscheiden sich dazu, ins Ausland zu flüchten und um Asyl nachzusuchen.

## Christenverfolgungen: Anhörung vor Europäischem Parlament

Über die Situation von verfolgten Christen weltweit informierten sich auf Initiative des Vizepräsidenten des EU-Parlamentes, Tajani, Mitglieder der europäischen Institutionen.

Die Veranstaltung wurde vom Präsidenten der Konferenz Europäischer Kirchen, Christopher Hill, eingeleitet mit Berichten von persönlichen Begegnungen in einem malaysischen christlichen Dorf, dem keinerlei Basisinfrastruktur zur Verfügung gestellt wird, und einer Region in Nigeria, in der nach gewaltsamen Verfolgungen durch Boko Haram keine Christen mehr leben. „Die Verfolgung der Christen ist weder einfach noch einheitlich“, bemerkte Hill. „Dort wo ISIS und dessen Ideologie herrscht, werden Christen hart verfolgt, Kirchen niedergerissen, und die alten Kirchen an den ursprünglichen Orten der Christenheit sind fast vollständig ausgelöscht.“

Dr. John Newton von „Aid to the Church in Need“ verwies darauf, dass 700.000 – mehr als die Hälfte – der syrischen Christen im jüngsten Konflikt geflohen sind. Im Irak leben nur noch 300.000 Christen.

In Ergänzung wurden Fallstudien der Situation auf dem Balkan, in Pakistan, auf dem Sinai, Irak und Eritrea vorgestellt. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, versprach zum Ende der Konferenz am 1. Dezember 2015, das Parlament werde sich für den Schutz von Christen einsetzen.

## Brunei und Somalia: Weihnachten verboten

In Brunei untersagte 2015 Sultan Hassanal Bolkiah öffentliche Weihnachtsfeiern. Auf Betreiben der muslimischen Geistlichkeit im ölreichen Sultanat drohen bei Übertretungen fünf Jahre Gefängnis. Religiöse Symbole wie Kreuze, Kerzen anzünden, Weihnachtsbäume aufstellen, Weihnachtslieder singen oder das Versenden von Weihnachtsgrüßen verstöße gegen den islamischen Glauben, sagten Imame laut der Presseagentur AFP in ihren Predigten, die in der lokalen Presse veröffentlicht wurden. Geschäfte und Hotels in der Hauptstadt von Brunei mussten Lichtgirlanden und Weihnachtsbäume abbauen.

Etwa neun Prozent von Bruneis 430.000 Einwohnern sind Christen.

Auch Somalia hat das Feiern von Weihnachten 2015 erneut verboten. Laut Scheich Mohamed Khayrow, Generaldirektor von Somalias Ministerium für religiöse Angelegenheiten, würden Weihnachten und Neujahrsfeiern den muslimischen Glauben bedrohen. Die Sicherheitskräfte erhielten Anweisung, alle entsprechenden Feiern zu unterbinden. Ausländische Diplomaten, Hilfsarbeiter und Soldaten des Kontingents der Afrikanischen Union durften die Feiertage nur privat begehen.

## Nahost: Repressive Regierungen für Aufstieg islamistischer Gruppen verantwortlich

Korrupte, repressive und nicht frei gewählte Regierungen sind genauso für den Aufstieg islamistischer Gruppen verantwortlich wie religiöse Führer und Gruppen, die extremistische Ideen oder fehlerhafte religiöse Interpretationen liefern. Das jedenfalls denken einer Umfrage zufolge Menschen in arabischen Ländern, dem Iran und der Türkei. Weniger in die Verantwortung nehmen sie hingegen eine Wut auf die USA, wie Derek Davison von IPS berichtet.

Für die Studie im Auftrag vom „Sir Bani Yas Forum“ in den Vereinigten Arabischen Emiraten befragte das Institut „Zogby Research Services“ im September 7400 Erwachsene in Ägypten, dem Iran, Irak, Jordanien, dem Libanon, Saudi-Arabien, der Türkei und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Themen waren unter anderen die andauernden Konflikte im Irak, in Libyen, Syrien und dem Jemen sowie die Situation in Israel und Palästina, der Atomdeal mit dem Iran und die Bedrohung durch religiösen Extremismus. Im Iran und im Irak wurden die Menschen außerdem zu unterschiedlichen landesinternen Themen befragt.

Auf die Frage, wer die meiste Verantwortung für den Aufstieg des religiösen Extremismus trägt, war die häufigste Antwort zum einen „korrupte Regierungen“, zum anderen „extremistische und/oder fehlerhaf-

te religiöse Ideen“. Als andere treibende Faktoren wurden Bildungsarmut, Armut und Entfremdung genannt. In allen Ländern außer dem Iran stimmten die Befragten der Aussage zu, dass es für den Kampf gegen den Extremismus „sehr wichtig“ sei, extremistischen Ideen etwas entgegenzusetzen. Außerdem müssten die politischen und sozialen Realitäten verändert werden, die junge Menschen dazu bringen, sich vom Extremismus angezogen zu fühlen.

## El Salvador: Friedensmarsch bringt Ende der Gewalt näher

In El Salvador haben eine Reihe Banden, die für einen Großteil der in dem mittelamerikanischen Land herrschenden Gewalt verantwortlich sind, die Einstellung ihrer Übergriffe erklärt. Mit diesem Schritt reagierten sie auf einen von der Salvadorianischen Lutherischen Kirche (ILS) in der Hauptstadt San Salvador organisierten Friedensmarsch. „Ja zum Frieden“, „Gott segne El Salvador“ und „Ja zum herbeigesehnten Frieden“ skandierten Tausende, die sich der ILS-Initiative „für Leben und Frieden“ angeschlossen hatten. Die salvadorianische Kirche würdigte die Unterstützung durch die weltweite Kirchengemeinschaft.

Der lutherische Bischof Medardo E. Gómez Soto erklärte, das Land sei durch die herrschende Gewalt mit großen Schwierigkeiten konfrontiert. Friedensarbeit gehört zu den Kernaufgaben der ILS.

Gewalt beeinträchtigt das öffentliche Leben und verursache „weitere Schwierigkeiten, wie etwa Migration, wirtschaftliche Probleme und ständige seelische Belastungen, denen die Menschen in El Salvador ausgesetzt sind“, so Gomez.

Etwa 5000 Menschen werden jährlich in El Salvador ermordet; damit gehört das Land unter den nicht im Krieg befindlichen Staaten weltweit zu einem der gefährlichsten. Die Gewalt geht zu einem großen Teil von Banden aus.

Frieden brauche Gerechtigkeit in Form von Arbeitsplätzen, Bildung und Gesundheitsversorgung, betonte Bischof Gomez. „Gewalt ist ein großes Geschäft und diejenigen, die von ihr profitieren, akzeptieren keinerlei Friedensprozess.“ „Wir wollen einen lauten Aufschrei für ein Ende all der Gewalt, die das Land in Unruhe versetzt“. An der Demonstration am 27. Oktober 2015 nahmen Angehörige aller Kirchen und der gesamten Gesellschaft teil.

## Aus oekumenischen NETZEN

### ► Bayern

#### Oekumenisches Netz versucht neue Wege

Weil Wählen ein Grundrecht jedes Menschen in Gesellschaft und Staat ist, aber die persönliche Teilnahme daran immer öfters an vielerlei Hindernissen scheitert, hat das Oekumenische Netz Bayern zu einem Mittel gegriffen, das schon bei den letzten politischen Wahlen gern genutzt wurde:

Die Wahl für den Ständigen Ausschuss des OeNB im Jahr 2016 findet durch Briefwahl statt – und siehe da, die Resonanz ist – nach den ersten Einläufen zu schließen – durchaus erfreulich!

Ein zweiter Versuch war ebenso erfolgreich: Ende September 2015 veranstaltete das OeNB in Zusammenarbeit mit pax christi München und Freising und der Dialog-Gruppe salam/shalom einen Studientag im Pfarrzentrum von St. Joseph in München: „Dem Zusammenleben Zukunft geben. Wem gehört das „Heilige Land?“ 80 Zuhörer folgten dem rechtspolitischen Referat des Staatsrechtlers Prof. Norman Paech und den Darstellungen der Friedensbewegung in Israel und den Palästinensergebieten von Clemens Ronnefeldt (Internationaler Versöhnungsbund) höchst gespannt. In Plenum und Workshops wurden dann deren Thesen z.T. kontrovers diskutiert. Eine besondere Note gab dem Ganzen der Besuch von acht Frauen aus Bethlehem, die von ihrem Alltag zu Hause berichteten. Den Tenor des Studientags gab P. Othmar Noggler mit der Meditation zu Psalm 87 vor, in dem alle Menschen nach der Heiligen Stadt Zion eingeladen sind. Welch eine Zukunftsvision auch für Menschen auf dem Konziliaren Weg wie die Mitwandernden im OeNB!

GUDRUN SCHNEEWEISS

Kontakt: OeNB, c/o Harald Willberg  
Mühlbachweg 13, 90559 Burgthann

### ► Rhein-Mosel-Saar

#### Fairer Handel – Erfolge und Fragezeichen

Der Faire Handel verspricht, die Welt durch Konsum sozial gerechter zu machen und hat jährlich ein zweistelliges Wachstum. In der am 27. November erschienenen Flugschrift „Fairer Handel – Ist eine bessere Welt käuflich?“ setzt sich ein Redaktionsteam aus MitarbeiterInnen des Oekumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar und der Aktion 3. Welt

Saar kritisch mit dem Fairen Handel auseinander.

„Manche Fair-Handels-Akteure berauschten sich am enormen Wachstum des Fairen Handels und verlieren darüber die politische Auseinandersetzung aus dem Blick. Eine bessere Welt ist nicht käuflich, sonst hätten wir sie schon“, so Wolfgang Johann, der für die Aktion 3. Welt Saar in der Redaktion mitgearbeitet hat. In der Flugschrift werden Erfolge des Fairen Handels benannt, aber auch seine Grenzen. Die HerausgeberInnen kommen aus der Fair-Handels-Praxis und haben enge Bezüge zur Fair-Handels-Szene, zum Beispiel durch das Betreiben eines Weltladens. Aber sie teilen nicht die (Wachstums-) Euphorie vieler Fair-Handels-Akteure, weil sie den Fairen Handel im Zusammenhang des „Ganzen“ der kapitalistischen Gesellschaft reflektieren. Diese Gesellschaftsformation stößt an die Grenzen ihrer Reproduktionsmöglichkeiten. Dies zeigt sich in den vielfältigen globalen Krisen.

Deshalb fragen sich die AutorInnen der Flugschrift, ob eine bessere Welt käuflich ist und es überhaupt einen fairen Kapitalismus geben kann?

Der Faire Handel suggeriert, dass die Welt besser wird, wenn viele kleine Menschen viele kleine und „gerechte“ Käufe tun. Aber genau das ist eine Illusion. Das Leben einiger Menschen kann verbessert werden, was schon sehr viel ist. Dies greift aber angesichts der globalen Überlebenskrisen zu kurz. „Daher wäre es an der Zeit, dass sich der Faire Handel an seine Ursprünge der Kritik an den Strukturen des Welthandels erinnert und diese weiterführt zur Kritik des Kapitalismus, dessen zerstörerische Dynamik „das Ganze“ bedroht“, so Herbert Böttcher vom Oekumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar.

Die HerausgeberInnen verstehen die kritische Fair-Handels-Flugschrift als Angebot zur Diskussion und sind bereit, an Veranstaltungen und Podien teilzunehmen.

Die Flugschrift ist kostenlos auch in größerer Stückzahl erhältlich beim Oekumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar.

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V.  
Löhrrstr. 51, 56068 Koblenz, Tel.: 02 61/29 68 16 91  
info@oekumenisches-netz.de  
www.oekumenisches-netz.de

#### ► Konsultation Gerechtigkeit und Frieden: Strukturelle Krisenprävention erforderlich

Die Jahrestagung 2015 am 11./12. Dezember in Bad Hersfeld zu den kirchlichen Beiträgen zur Krisenprävention konnte nicht

aktueller sein – angesichts des Beschlusses des Bundestages, Soldaten wieder in einen Kriegseinsatz nach Syrien und Mali zu schicken. Es war das erste Mal bei einem solchen Einsatz, dass Kirchen sich deutlich distanzieren! Aber wie sieht Krisenprävention, die rechtzeitig, qualifiziert und erfolgreich ist, aus? Gewalt kündigt sich an! Dieser Prozess wird beeinflusst von oft undurchsichtigen Interessen, die offengelegt und angegangen werden müssen. Dieser Prozess kann also auch von zivilgesellschaftlichen Kräften beeinflusst und verändert werden. Und Kirchen sind die in der Zivilgesellschaft am dichtesten vernetzte globale NGO!

Die Aufgabe ist, die verschiedenen Ansätze von kirchlicher Arbeit und Frühwarnsystemen zu verbinden und die Kräfte vor Ort zu entwickeln, sich für eine strukturelle Prävention zu engagieren. Und das ist: zukunftsfähige ökonomische, ökologische, konfliktbearbeitungsfähige Strukturen zu schaffen. Das heißt, das Präventionsverständnis ist aus der Engführung auf Waffenhandel und Gewaltausbruch zu weiten, so dass die Engagements für Gerechtigkeit, Entwicklung, Klimagerechtigkeit und Friedensarbeit sich an dieser gesellschaftsverändernden Aufgabe zusammenfinden. Das war und ist die Aktualität des konziliaren Prozesses. Und das bedeutet: „Den Wandel gestalten“, das Projekt, dem sich die EKD, etliche Landeskirchen und kirchliche Werke verpflichtet haben. In der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Schwerpunktgruppen sind die Aufgaben auszuarbeiten und zu formulieren, für die sich die Kirchen in der Zivilgesellschaft und gegenüber der Tagespolitik einsetzen! Die Oekumenische Konsultation Gerechtigkeit und Frieden ist auf der ACK-Ebene die Gruppe, die an dieser Aufgabe schwerpunktmäßig dranbleiben will.

Kontakt: Konsultation Gerechtigkeit und Frieden, c/o  
Ulrich Frey, Kreuzweidenstr. 57 B, 53604 Bad Honnef

### ► Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD):



#### Flüchtlingsarbeit und Krisenprävention

Beherrschendes Thema für die letzte Jahrestagung des Oekumenischen Netzes in Deutschland (OeNiD) war die aktuelle Flüchtlingssituation.

Leider bedeutete sie, dass viele TeilnehmerInnen verhindert waren. Deutlich wurde die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der im OeNiD mitwirkenden Grup-

pen, wie auch die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und NGOs lokal und regional. Das zeigt sich besonders dann, wenn es darum geht, für die Integration und an den Fluchtursachen zu arbeiten. Hier kamen entscheidende Anregungen durch die Tagung der Oekumenischen Konsultation Gerechtigkeit und Frieden. Die Beiträge zur Krisenprävention müssen über die Krieg-Gewalt-Friedensdebatten hinausgehen und sich mit den ökonomischen und ökologischen Engagements zusammenschließen. Da es das OeNiD nun zehn Jahre gibt, soll 2016 ein Treffen oder ein „Pilgerweg“ zu mehreren Stationen, Wirkungsstätten, Arbeitsschwerpunkten, Veranstaltungen mitwirkender Organisationen stattfinden. Weitere Vorschläge sind willkommen.

Nach der Oekumenischen Versammlung in Mainz fanden 2015 zwei Ratschläge in Frankfurt und in Stuttgart statt. Für die Fortsetzung des Oekumenischen Ratschlags stehen bislang für 2016 und 2017 folgende Termine für jeweils Frühjahr und Herbst in Kooperation mit der Stiftung Oekumene im Raum: am Samstag, den **30. April 2016** in Stuttgart oder Frankfurt am Main, am Samstag, den **08. Oktober 2016** in Frankfurt am Main, am Samstag, den **27. Mai 2017** in Berlin (während des Ev. Kirchentags) und am Samstag, den **07. Oktober 2017** wieder in Frankfurt am Main. In der Vorschlagsliste finden sich: „Konziliärer Prozess und SDGs“, Möglichkeiten und Impulse für ökumenische Initiativgruppen und für 2017 „Ecclesia semper Reformanda“.

Kontakt: Michael Held, Simon Haune Str. 15  
36251 Bad Hersfeld, Tel: 066 21/62 01 86  
A-P-S@gmx.de

### ► More ecumenical empowerment together (MEET)

#### „Gemeinsam unterwegs“

Beinahe wäre das Pilgern ins Wasser gefallen. Doch die TeilnehmerInnen der MEET-Jahrestagung (More ecumenical empowerment together; [www.meet-junge-oekumene.de](http://www.meet-junge-oekumene.de)) trotzten den heftigen Windböen und dem einsetzenden Platzregen, um die vom Oekumenischen Rat der Kirchen angeregte Vision des Pilgerweges zu Gerechtigkeit und Frieden ganz praktisch umzusetzen. Hierzu hatte es die Mitglieder des deutschlandweiten Netzwerk zur Jahrestagung in den hohen Norden verschlagen. Der Koppelsberg bei Plön und die diesien umgebende abwechslungsreiche Seenlandschaft wurde so der Ausgangspunkt des Pilgerweges rund um die Themen Gerechtigkeit und Frieden. Eine Andacht in der Plöner Kirche, das Gehen im Schweigen, zum Nachdenken anregenden Gespräche sowie verschiedene Stationen

strukturierten den Tag. An diesen wurden einzelne Aspekte unter anderem aus dem Themenbereich Klimagerechtigkeit verdeutlicht und neu ins Bewusstsein geholt. Bei der Auseinandersetzung mit den Themen waren so nicht nur physisch sowohl Gegenwind, als auch der ein oder andere Sonnenstrahl und Lichtblick am Himmel sichtbar und fühlbar.

Am Ende der Tagung hatten die meisten den Wunsch, die angesprochenen Themen weiter zu vertiefen. Zum nächsten Studientag lädt MEET am 21. Mai 2016 nach Tübingen ein. Die Ökologiezyklika von Papst Franziskus wird dann im Zentrum stehen.

MEET ist ein Netzwerk, das es sich zum Ziel gesetzt hat, junge Menschen, die sich für ökumenische Themen interessieren, miteinander ins Gespräch zu bringen und Ideen gemeinsam zu verwirklichen.

HANNE LAMPARTER

Kontakt: MEET - More Ecumenical Empowerment Together, c/o Kai Lüke, Lindower Str. 23  
13347 Berlin

### ► Pilgerweg für Klimagerechtigkeit

#### Am Ziel nach knapp 1500 km

Es sollte ein großes Ereignis werden, wenn der Oekumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit kurz vor Start der wichtigen Klimakonferenz sein Ziel Paris erreicht.

Bereits Mitte September waren die Klimapilger in Flensburg auf ihre lange Reise gestartet. Ein breites ökumenisches Bündnis hatte den Weg geplant, tausende Pilger haben sich ein Stück des Weges angeschlossen, manche sind die gesamten knapp 1500 km gelaufen. Über hundert Veranstaltungen, Impulse und Gottesdienste auf dem Weg hatten den Blick für verschiedene Aspekte von Klimagerechtigkeit geweitet.

Gerade überquerten die Pilger die deutsch-französische Grenze, da erreichte sie die Nachricht von den furchtbaren Terroranschlägen.

Fassungslosigkeit in der Pilgergruppe. Bald wurde klar: die Klimakonferenz wird zwar stattfinden, aber der Rahmen für die Beteiligung der Zivilgesellschaft wird ein anderer sein: keine großen Demonstrationen, keine Versammlungen unter freiem



Photo © EKvW

Einzug der Pilgergruppe

Himmel. Der Großteil der Gruppe zog dennoch weiter, wurde herzlich von gastgebenden Familien empfangen, schloss - teils mit Händen und Füßen kommunizierend - Freundschaft mit den französischen Mitpilgern.

Am 27.11. dann erreichten die Pilger Paris. In der Kirche Les Bilettes erwartete sie ein ökumenischer Gottesdienst. Schirmherrin Annette Kurschus würdigte ihr Engagement und rief zu neuem Denken und Handeln auf: Die bewegende Kraft Gottes mache immer neu lebendig - „zu verrückter Hoffnung und tatkräftigem Vertrauen, zum mutigen Gebet, zu mutigen Taten und langen Wegen“.

Am Abend dann trafen die Pilger auf Gleichgesinnte aus aller Welt. Zu Fuß oder mit dem Rad hatten Angehörige verschiedener Religionen sich auf Klimapilgerwege gemacht. Sie kamen aus den Philippinen, aus Großbritannien, skandinavischen Staaten, Ungarn, Österreich und verschiedenen afrikanischen Ländern. Gemeinsam war ihnen das Anliegen, für die Bewahrung der Schöpfung und eine gerechtere Welt einzutreten.

Am Folgetag fand dieses Anliegen auch politisches Gehör: Nach einem großen interreligiösen Gebet trafen die Klimapilger in Saint-Denis auf die Leiterin des UN Klimasekretariats Christiana Figueres, die sichtlich bewegt knapp zwei Millionen gesammelte Unterschriften entgegennahm und den Klimapilgern „for every single step“ dankte.

Ja, es war gut, dass sie gegangen sind. Der Weg hat viele verändert, hat viel bewegt, hat Zeichen gesetzt. Doch er darf nicht vorbei sein.

Kontakt: Eva-Maria Reinwald, Amt für Mission Oekumene u. kirchliche Weltverantwortung der EKvW Olpe 35, 44135 Dortmund, Tel.: 02 31/54 09-293  
[eva.reinwald@moeuwe-westfalen.de](mailto:eva.reinwald@moeuwe-westfalen.de)  
[www.moeuwe-westfalen.de](http://www.moeuwe-westfalen.de)

### ► Oekumenische Initiative Eine Welt (OeIEW)



#### Mit Freude lernen angesichts globaler Herausforderungen

Im Jubiläumsjahr 2016 lädt die Oekumenische Initiative Eine Welt (OeIEW) herzlich zu einer lebendigen Festtagung ein: vom **29. April bis 1. Mai 2016** auf Burg Bodenstein. Teil der Tagung sind Beiträge des Hirnforschers Gerald Hüther, des Freiburg Scientific Theatre, der Liedermacherin Cat Balou und vielen weiteren. Thematisch dreht sich die Tagung um die Frage: „Wie können wir mit Freude lernen angesichts globaler Heraus-



### Internationaler Fotowettbewerb zum Erd-Charta Jubiläum

Zum gleichzeitigen 15-jährigen Jubiläum der Erd-Charta Koordination hat sich Joris Spindler aus Magdeburg am Fotowettbewerb von Earth-Charter International beteiligt.



Mit Freude lernen

Photo © OeIEW/Joris Spindler Fotowettbewerb

forderungen?“. Neben einigen zentralen Veranstaltungen wird es in vier parallelen Bereichen Angebote geben: Bereich Zukunftsfragen und Lernen, praktisch-künstlerische Betätigung, Rückblick auf die 40 Jahre OeIEW und leibliches und spirituelles Wohl. Interessierte sind herzlich eingeladen!

Die Oekumenische Initiative Eine Welt e.V. bietet als deutsche Erd-Charta Koordination im Frühjahr 2016 die nächste Erd-Charta MultiplikatorInnen-Ausbildung an (**11.–13. März und 27.–29. Mai**). Sie richtet sich an alle, die Lust auf politische Veränderungen und entsprechende Bildungsarbeit haben und sich gemeinsam mit der Erd-Charta auseinander setzen wollen. Die beiden Wochenenden sollen dazu befähigen, die Erd-Charta selbst weiter zu geben, in einer Erd-Charta-Gruppe aktiv zu sein, einen Workshop durchzuführen, mit der Jugendgruppe spielerisch die Erd-Charta zu erschließen, regionale Projekte zu verwirklichen, an der Uni oder auf einem Kongress einen Vortrag zu halten ... - je nach Lust und Interesse der Teilnehmenden!

Weitere Informationen unter: [www.erd-charta.de](http://www.erd-charta.de)

Kontakt: Oekumenische Initiative Eine Welt, Mittelstr. 4  
34474 Diemelstadt-Wethen, Tel.: 05 64/14 17  
[info@oeciew.de](mailto:info@oeciew.de), [www.oeciew.de](http://www.oeciew.de)

### ► Plädoyer für eine ökumenische Zukunft



#### Für Willkommen und gutes Zusammenleben

Das „Plädoyer“ hat in einem vier-Seiten-Papier mit dem Titel „Für Willkommen und gutes Zusammenleben“ Stellung bezogen

zur Stimmungsmache gegen Flüchtlinge. Am Anfang steht der Dank an die vielen engagierten Menschen: „Sie verdienen öffentliche Förderung und Anerkennung“. Dann richtet sich die Erklärung an die Verfechter der Abschreckung, Ausgrenzung und Zurückweisung: „Wer zu uns fürchtet und Schutz sucht, soll nicht verdächtigt, diskriminiert, verleumdet, verunglimpft, bedroht, angegriffen und ausgegrenzt werden. Das widerspricht der Verantwortung, die uns vor Gott und den Menschen aufgetragen ist.“ Sie wendet sich gegen eine politische Rhetorik, die u. a. die „Unausweichlichkeit des Setzens von Obergrenzen“ beschwört, gegen die Perfektionierung der Abschottung und gegen die Weigerung, „unseren Anteil an Migration und Flucht durch Agrar-, Außenwirtschafts-, Handels-, Finanz-, Rohstoff-, Energie- und Klimapolitik sowie durch Waffenexporte ... selbstkritisch zu überprüfen.“

Die Positivliste ist um einiges länger. Darin heißt es: „Die zivilgesellschaftliche Willkommens- und Partizipationskultur ist das beste Programm gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und gegen kriminellen Terror.“ Das „Plädoyer“ setzt sich ein für dezentrale und selbstorganisierte Unterbringungsmöglichkeiten, für die Öffnung des Wohnungs- und Arbeitsmarkts unmittelbar nach der Ankunft der Flüchtlinge, für Familiennachzug und für Kirchenasyl.

Das Papier hat Appellcharakter: „Die Not der Flüchtlinge ist unsere Aufgabe. ... In unserer ökonomisch und politisch exzessiv globalisierten Welt darf das Grundvertrauen in eine gerechte und friedliche gemeinsame Zukunft nicht weiter beschädigt werden.“

Bis Ende November haben über 50 ökumenisch denkende und handelnde Menschen die Stellungnahme unterschrieben.

Sie ist nachzulesen bei [www.plaedoyer-ecu.de](http://www.plaedoyer-ecu.de) unter aktuelles. Unterstützungserklärungen können gesandt werden an: Fritz Erich Anhelm, Frankenstr. 19  
31547 Rehburg-Loccum, [fritzanzhelm@aol.de](mailto:fritzanzhelm@aol.de)  
Kontakt: c/o Werner Gebert, Banweg 14  
72131 Ofterdingen, Tel.: 07473-95 98 98, Fax: 95 98 94  
[euw.gebert@t-online.de](mailto:euw.gebert@t-online.de)

### ► Kairos Europa



#### Gruppen und Gemeinden beraten über Krisen und Fluchtursachen

Große Teile der deutschen Bevölkerung reagieren mit einer überwältigenden Hilfsbereitschaft und Zuwendung auf die vielen Flüchtlinge, die jetzt zu uns kommen. Zugleich stellt sich die Frage, was zu tun ist, damit mehr Menschen sich über die Ursachen der Fluchtwelle Gedanken machen und zu deren Überwindung beizutragen versuchen.

Bereits vor zwei Jahren hat Kairos Europa damit begonnen, ein Netzwerk von Gruppen, Arbeitskreisen und Gemeinden aufzubauen, das sich damit beschäftigt, wie unser Wirtschafts- und Entwicklungsmodell, das immer neue und tiefer greifende Krisen hervorruft, grundlegend umgebaut werden kann. Dabei greifen wir auch das Thema Flucht und Migration auf und laden schon länger hier wohnende MigrantInnen und, soweit möglich, neu hinzu gekommene Flüchtlinge ein. Je nach Gegebenheiten und Interesse bearbeiten wir etwa folgende Probleme und entwickeln daraus vor Ort Handlungsmöglichkeiten:

1. *Die meisten Flüchtlinge sind Menschen, die dem Leid und Schrecken kriegerischer Auseinandersetzungen entkommen sind. Wie können wir zu einer Friedenspolitik beitragen, die den Kriegsursachen an die Wurzel geht und dabei auch die tiefe Verwicklung Deutschlands berücksichtigt? Was muss geschehen, damit nicht länger aus Gründen des sicheren Zugangs zu Rohstoffen oder wegen geopolitischer Machtinteressen Diktatoren und Gewalt herrschen, sondern die Träger friedlicher demokratischer Reformen unterstützt werden? Wie können wir diejenigen Initiativen stärken, die den Export deutscher Waffen in Krisengebiete zu unterbinden versuchen?*
2. *Viele Flüchtlinge kommen zu uns auf der Suche nach Arbeit. Die Ursachen für Hunger, Elend und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen in ihren Heimatländern sind in zunehmendem Maße den ungerechten internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen geschuldet. Was muss sich vor allem vor unserer eigenen Haustür politisch ändern, damit die Bekämpfung der Armut in den Herkunftsländern der Flüchtlinge Früchte tragen kann? Was muss darüber hinaus getan werden, um der zunehmenden Armut unter unseren MitbürgerInnen in Deutschland entgegen zu treten?*

3. *Sehr viele Flüchtlinge aus Afghanistan, Irak und Syrien sind Muslime. Wie können wir Gruppen und Arbeitskreise bilden, die einen interreligiösen Dialog ermöglichen? Unsere Glaubensquellen, die biblischen Schriften und der Koran, können im Austausch miteinander neu gelesen werden. So können wir dazu beitragen, andere Kulturen besser zu verstehen und die eigene zu überdenken.*

So kann unser künftiges politisches Handeln gemeinsam auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ausgerichtet werden.

Kairos Europa bietet zur Bearbeitung dieser Fragen folgende Unterstützung an:

- ▷ *Organisation der Vernetzung und des Austauschs,*
- ▷ *Erstellung von Arbeitsmaterial für alle drei Fragebereiche,*
- ▷ *Durchführung von Studientagen, öffentlichen Veranstaltungen oder Gemeindeabenden.*

Interessierte aus Gruppen und Gemeinden sind zu einem Netzwerktreffen mit diesem Schwerpunkt nach Frankfurt/M. eingeladen, am **11. März 2016**, 11–17 Uhr. Anmeldungen werden bis 15. Februar 2016 erbeten.

Kontakt: Kairos Europa e.V., Willy-Brandt-Platz 5

69115 Heidelberg, Tel.: 0 62 21-4 33 36 22

Fax: 4 33 36 29, info@kairoseuropa.de

## ▶ Institut für Theologie und Politik

### Katakombenpakt erneuert

Kurz vor dem Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils vor über fünfzig Jahren unterzeichneten 42 katholische Bischöfe den „Katakombenpakt“, in dem sie sich zu Idealen des Konzils verpflichteten. Obwohl später rund 500 Bischöfen mitunterzeichneten, wurde er während der letzten beiden Pontifikate fast vollständig vergessen. Das Münsteraner Institut für Theologie und Politik und die Projektgruppe Pro Konzil haben darum eine Versammlung mit dem Titel „Katakombenpakt erinnern und erneuern!“ in Rom vom 11.–17.11.2015 veranstaltet. Im Festgottesdienst in der römischen Domitilla-Katakombe am Jubiläumstag, dem 16. November, stellte der salvadorianische Befreiungstheologe Jon Sobrino in der Predigt heraus, dass heute Lampedusa und die effiziente Gleichgültigkeit Europas die Sünde darstelle, der eine Kirche nach dem Katakombenpakt entschieden etwas entgegenzusetzen müsse. Um diese Aktualisierung wurde auf der Versammlung gerungen und am Ende wurde eine Selbstverpflichtung von vielen der 260 Teilnehmenden unterzeichnet, um deutlich Position angesichts der unmenschlichen Festung Europa zu beziehen. Im Pressegespräch in der Katakombe sagte Michael Ramminger vom Institut für

Theologie und Politik, welches die Versammlung mit anderen AkteurInnen gemeinsam vorbereitet hat, dass die Erneuerung des Katakombenpaktes im Jahr 2015 bedeute: „Sich einem neoliberalen Kapitalismus zu widersetzen, Unterdrückungsstrukturen anzuprangern, Grenzabschottung zu überwinden und jede Form von Diskriminierung zu bekämpfen.“

Kontakt: Institut für Theologie und Politik

Friedrich-Ebert-Str. 7, 48153 Münster

Tel.: 02 51/52 47 38, kontakt@itpol.de, www.itpol.de

### ▶ Pax Christi



### Bischof Algermissen gegen Kriegsbeteiligung in Syrien

Unter hohem Zeitdruck entschied der Bundestag über einen Militäreinsatz in Syrien. Pax Christi warnte vor einem militärischen Abenteuer, dessen Ziel und Ende nicht absehbar ist, in einer Region, wo bereits viele Akteure bombardieren und kämpfen. Pax Christi Präsident Bischof Heinz Josef Algermissen warnt vor einer Kriegsbeteiligung. Dieser Militäreinsatz werde aus Solidarität mit Frankreich begonnen. Solidarität mit Frankreich sei wichtig nach dem deutschen Unrecht der Weltkriege. Solidarität müsse jedoch anders gelebt werden als Militäreinsätze zu unterstützen. Algermissen schrieb am 4.12.2015: „Wie wir Bischöfe in der Erklärung ‚Terrorismus als ethische Herausforderung‘ (2011) feststellten, fällt Terrorismus, auch die abscheulichen Terroranschläge von Paris mit Tätern aus Frankreich und Belgien, in den Bereich der inneren Sicherheitsbehörden: „Für die präventive Gefahrenabwehr und für die repressive Strafverfolgung von international agierenden Terroristen bietet sich eine angemessene Ausweitung der schon vorhandenen Formen grenzüberschreitender polizeilicher Zusammenarbeit an.“ (S. 57)

Seit fünf Jahren herrscht in Syrien Krieg. Mehr als 250.000 Menschen wurden getötet, Millionen sind auf der Flucht. Die Waffen müssten endlich schweigen, stattdessen treten neue Akteure wie Deutschland in den Krieg ein. Die Gewaltspirale wird dadurch nicht gestoppt. Die Luftangriffe, die nun auch mit deutscher Hilfe erfolgen, treffen die gesamte syrische Bevölkerung. Der Patriarch der libanesischen Maroniten, Kardinal Bechara Rai hat bei seinem Besuch in Deutschland die westlichen Regierungen zur Zurückhaltung gegenüber der arabischen Welt aufgerufen. Er macht deutlich, dass die

Christen im Nahen Osten den Preis für jeden Schritt einer westlichen Regierung zahlen, weil jeder Christ im Nahen Osten als Verbündeter des Westens gilt. Erforderlich sei mehr internationaler Druck auf Saudi-Arabien und den Iran, die auf syrischem Boden um die regionale Vorherrschaft kämpfen. pax christi sah und sieht immer noch in den in Wien begonnenen Gesprächen zu Syrien einen Hoffnungsschimmer, wo unter Beteiligung von regionalen Mächten wie Iran, Saudi-Arabien und Türkei ein Waffenstillstand erreicht werden könnte. Jeder weitere Staat, der sich an den Bombardierungen beteiligt, verstärkt die Militarisierung der Region und die Weltgemeinschaft läuft Gefahr sich in die militärische Sackgasse zu bewegen. Auch wenn es sich möglicherweise nicht um den perfekten Plan handelt, muss die internationale Gemeinschaft nun ihre ganze Energie darauf verwenden, die politische Lösung des Konfliktes am Verhandlungstisch voran zu bringen. Der Weg, den die Bundesregierung nun unterstützen will, gleichzeitig zu diplomatischen Bemühungen mit der Unterstützung von Luftangriffen Kriegspartei zu werden und Angst und Schrecken zu verbreiten, konterkariert den diplomatischen Weg. Deutschland entfernt sich damit von seiner Entscheidung für zivile Wege der internationalen Politik.“

Kontakt: pax christi, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin

Tel.: 0 30/200 76 78-0, sekretariat@paxchristi.de

www.paxchristi.de

### ▶ AGDF und EAK

#### Kein Militäreinsatz in Syrien

Die evangelischen Friedensverbände Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) kritisieren gleichermaßen den Einsatz der Bundeswehr in Syrien und befürchten dadurch eine Ausweitung der Gewalt. Stattdessen fordern AGDF und EAK politische Verhandlungen und ein verstärktes zivilgesellschaftliches Engagement.

„Terroristen sind mit rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen, dem IS-Terror müssen seine Grundlagen (Finanzen, Waffen, Ideologie, Zulauf) entzogen werden“, betonen die beiden Organisationen.

#### Friedensdekade 2016 zu „Kriegsspuren“

Derweil hat auch die Arbeitsgruppe zur ökumenischen Friedensdekade ihre Entscheidung für 2016 getroffen. Das Thema im November lautet „Kriegsspuren“. Die Referenztexte sind Jesaja 59,8, Matthäus 10, 26–28.

Kontakt: EAK und AGDF, Endenicher Str. 41

53115 Bonn, Tel.: 02 28/2 49 99-0

## ► Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)



### Keine Waffen für Saudi-Arabien

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) hat am 17. Dezember in Berlin ihren Rüstungsexportbericht 2015 vorgestellt. Darin fordert sie einen Stopp aller Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien.

Die Menschenrechtspraxis des Landes sei abgründig und seine Rolle in der Region nicht gerade stabilisierend, erklärte Prälat Karl Jüsten, katholischer Vorsitzender der GKKE, bei der Vorstellung des GKKE-Rüstungsexportberichtes in Berlin. „Die Vorstellung, dass deutsche Waffen über Saudi-Arabien an Salafisten und terroristische Gruppen in Nordafrika, Nigeria und Mali gelangen könnten, finde ich schlichtweg empörend“, so Jüsten weiter.

Der evangelische Vorsitzende der GKKE, Prälat Martin Dutzmann, kritisierte, dass Deutschland im ersten Halbjahr 2015 wieder deutlich mehr Rüstungsexporte genehmigt habe. Liefergenehmigungen in Drittstaaten machten auch im ersten Halbjahr 2015 immer noch fast die Hälfte aller deutschen Rüstungsexporte aus. Empfänger seien nach wie vor zahlreiche Länder mit einer schwierigen Menschenrechtssituation, mit internen oder regionalen Gewaltkonflikten.

Seit 1997 ziehen Experten aus den beiden großen Kirchen und Wissenschaft sowie Vertreter von Hilfswerken Jahr für Jahr eine Bilanz der deutschen Rüstungsexporte.

Als Problem sieht die GKKE auch, dass die jetzige Regierung immer noch Entscheidungen umsetzen muss, die vor ihrem Amtsantritt gefällt wurden. Sonst könnten die Unternehmen Kompensation fordern. Karl Jüsten regte deswegen an, die Bindung an alte Entscheidungen zu befristen. Außerdem solle gesetzlich verankert werden, Ausfuhrvorhaben widerrufen zu können, wenn sie politisch neu bewertet werden.

Positiv sieht der Bericht, dass die Politik der deutschen Rüstungsexporte transparenter geworden sei, denn Regierungsberichte werden früher veröffentlicht und es gebe Informationen aus dem Bundestagsausschuss. Das habe zu einer stärkeren öffentlichen Diskussion und zu mehr Debatten im Parlament geführt.

Kontakt: GKKE - Evangelische Geschäftsstelle  
Charlottenstr. 53/54, 10117 Berlin

Katholische Geschäftsstelle, Kaiserstr. 161, 53113 Bonn  
Der Bericht findet sich im Internet als PDF unter  
[www.3.gkke.org](http://www.3.gkke.org)

## ► Brot für die Welt



### „Krieg gegen den Terrorismus?“ Die militärische Logik ist keine Option!

In der Debatte über die Schritte gegen den Terrorismus sagt Brot für die Welt: Die militärische Logik ist keine Option. Die verengte sicherheitslogische Perspektive, in der gegenwärtigen Debatte über den Umgang mit der terroristischen Gewalt führe in eine Sackgasse. Der zunehmenden Ausbreitung terroristischer Gruppen, speziell des IS, könne so nicht wirksam begegnet werden. In einem Positionspapier vom Dezember 2015 heißt es weiter: „Seit den brutalen Terroranschlägen in Paris im November 2015 ist die Debatte darüber, wie dem internationalen Terrorismus begegnet werden kann, neu entflammt. Frankreich hat seine Verbündeten in der EU um Beistand im Krieg gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) gebeten und die Bundesregierung hat nunmehr beschlossen, sich daran mit militärischen Mitteln zu beteiligen. „Dass der Ausbreitung und der von ihnen ausgehenden brutalen Gewalt zu wehren ist, steht außer Frage.“

Aber dazu sind noch immer nicht die dringend erforderlichen langfristigen politischen Strategien in Sicht. Es ist auch nicht erkennbar, dass Folgerungen aus der Tatsache gezogen wurden, dass nach fast 15 Jahren „Krieg gegen den Terrorismus“ kein Mehr an Sicherheit und Frieden und keine Beendigung der terroristischen Gefahr erzielt werden konnten, sondern sich im Gegenteil immer mehr regional oder national agierende bewaffnete Gruppen radikalisiert, zusammengeschlossen und internationalisiert haben.

„Die Bekämpfung terroristischer Gruppen einen „Krieg“ zu nennen, spielt den Terroristen in die Hände, insofern dadurch terroristische Attentäter zur Kriegspartei aufgewertet wurden.“ Militärische Maßnahmen gegen terroristische Gruppen haben bislang weder zu deren Auflösung noch zu ihrer nachhaltigen Schwächung beigetragen. Sie haben sie aus den Interventionsräumen in andere Räume verdrängt und haben damit auch deren Ausbreitung und die Destabilisierung immer weiterer Regionen zur Folge. Opfer militärischer Maßnahmen sind in erster Linie Zivilisten und die ohnehin schwache zivile Infrastruktur. Diese Tatsache sichert nicht nur terroristischen Gruppen einen stetigen

Zulauf an zornigen Menschen aus der Mitte jedes neu in den Kampf einbezogenen Gebietes, sondern schwächt den zivilisatorischen Anspruch der Interventionsmächte – zumal wenn sie Rechtsnormen und internationale Konventionen missachten (gezieltes Töten, Folter, usw.).

Die mit militärischen Maßnahmen einhergehende Zerstörung noch vorhandener Infrastruktur für das zivile Leben und die fehlende humanitäre Versorgung in den betroffenen Regionen zementiert dort das Elend krassester Armut und entfernt sie dauerhaft noch weiter von den Zielen der internationalen Entwicklungsagenda.

Gegenstrategien seien deshalb nicht an Bedrohungsszenarien, sondern im Hinblick auf weitere Gewaltprävention auszurichten.

### Ursachenbekämpfung

Was die mittelfristige Ursachenbekämpfung anlangt plädiert „Brot“ dafür, Handlungsmöglichkeiten gemeinsam, unter dem Dach der Vereinten Nationen und auf der Grundlage des Völkerrechts, zu entwickeln. Die Bekämpfung terroristischer Gruppen muss dabei nach polizeilicher Logik erfolgen, analog der Bekämpfung von organisierter Kriminalität. Dabei sollen konsequent alle zivilen Mittel ausgeschöpft werden. Insbesondere gelte es, die Kriegsökonomie auszutrocknen, u. a. durch Unterbindung der Finanzströme, Sanktionen gegen alle Personen, Firmen oder Staaten, die dem IS Öl, Gas oder Kunstschätze abkaufen sowie Geldspenden und Waffen zukommen lassen. International abgestimmt werden müsse die Fahndung nach IS-Kämpfern und Anwerbern, die die vom IS kontrollierten Gebiete verlassen. Gezielt zu fahnden sei nach den Führungskadern und Ideologen des IS mit dem Ziel, sie einer internationalen Gerichtsbarkeit zuzuführen. Für (ehemalige) IS-Kämpfer hält „Brot“ Aussteigerprogramme sowie präventive Maßnahmen für erforderlich. Mit Blick auf die Bürgerkriegssituation in Syrien sollen diplomatische Lösungsansätze gesucht werden, die darauf abzielen, die Konfliktparteien im Land und in der Region in die Lösung einzubinden. Brot ist überzeugt, dass Grundlage für die Vorbeugung von Terrorismus langfristige Strategien zur Überwindung seiner Ursachen sein müssen. Die Agenda 2030 biete dafür einen normativen Rahmen“. Ein friedenslogischer Ansatz frage auch nach der eigenen, eventuell konfliktverschärfenden Rolle. „Wenn wir uns die aktuellen Rüstungsexporte aus Deutschland anschauen, dann fällt auf, dass trotz der hoch eskalierten Situation vor Ort weiterhin schwerpunktmäßig in den Nahen und Mittleren Osten geliefert wird“. Die Endverbleibskontrolle von Waffenexporten sei äußerst mangelhaft. Als Sofortmaßnahme fordert Brot für die Welt „einen Stopp von Rüstungsexporten in die Krisenregion Naher und Mittlerer Osten, die Rücknahme von Lizenzen zum Nachbau deutscher Waffen und Maßnahmen zur Abrüstung und Verschrottung von im Umlauf befindlichen Waffen.“

Kontakt: Brot für die Welt, Caroline-Michaelis-St. 1  
10115 Berlin, Tel.: 030/652110

## Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

### Bayern

#### Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg  
Mühlbachweg 13, D-90559 Burghann  
Tel.: 0 91 83 / 95 00 39

### Berlin

#### Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg

Oekumenisch-Missionarisches Institut  
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin  
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00  
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

### INKOTA

Chrysanthenenstr. 1-3, D-10407 Berlin  
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0  
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

### Bremen

#### Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im forum Kirche

Holler Allee 75, D-28209 Bremen  
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36  
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

### Hamburg

#### Solidarische Kirche in Nordelbien

Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona  
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg  
Heike-Schoon@web.de

### Hessen

#### Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15  
D-36251 BadHersfeld  
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86  
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

### Niedersachsen

#### Arbeitskreis Konziliarer Prozess

Hermann de Boer  
Am Kirchhofe 4a  
D-30952 Ronnenburg

### Oldenburg

#### Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg  
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

### Pfalz

#### Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz

(Protestantische Landeskirche)  
Referat Konziliarer Prozess  
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer  
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0  
Fax: 0 62 32 / 67 15-67  
info@frieden-umwelt-pfalz.de

### Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

#### Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Dominic Kloos  
Löhrstr. 51, D-56068 Koblenz  
www.oekumenisches-netz.de

### Rheinland

#### Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Pfr. Dieter Endemann  
Domstr. 62, D-50668 Köln  
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

#### Solidarische Kirche im Rheinland

#### Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9  
D-45478 Mülheim a. d. Ruhr  
soki.rheinland@arcor.de

### Sachsen-Anhalt

#### Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum

Am Dom 2  
D-39104 Magdeburg  
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93  
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

### Sachsen

#### Oekumenisches Informationszentrum Dresden

Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7  
D-01067 Dresden  
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68  
Fax.: 03 51 / 4 92 33 60  
oekumene@infozentrum-dresden.de

### Westfalen

#### Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Heike Koch, Olpe 35  
D-44135 Dortmund  
Tel.: 02 31 / 54 09-72  
Fax: 02 31 / 54 09-21

#### Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer  
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg  
Tel.: 0 23 73 / 176 88 35  
muhr-nelson@freenet.de

### Württemberg

#### Oekumenisches Netz Württemberg

Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12  
D-74348 Lauffen am Neckar  
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

### Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15  
D-36251 BadHersfeld  
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86  
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

## Einladung

zu einer  
Fördermitgliedschaft  
bei der  
Stiftung Oekumene



Unterstützen Sie die Initiativen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung über die gemeinnützige Stiftung Oekumene durch einen regelmäßigen Förderbeitrag. Wir empfehlen dafür einen Dauerauftrag von vierteljährlich oder jährlich ab 20 Euro. Fördermitglieder erhalten regelmäßig die Zeitschrift

## OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

mit dessen Sonderdokumentationen.

Stiftung Oekumene

### Konto 100 008

bei der Frankfurter Sparkasse  
BIC HELADEF1822  
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08

Spendenbescheinigungen versenden wir ab 50,- Euro pro Jahr. Dafür bitten wir um Ihre Postanschrift an

Stiftung Oekumene, Lindenspürstr. 30  
70176 Stuttgart, ecunet@t-online.de

## IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST  
Gegründet 1982

#### Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.  
Verantwortlich:  
Ulrich Schmitthenner  
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen  
Ulrich Schmitthenner, Stuttgart  
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

#### Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

#### Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck  
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse  
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

#### HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland